

Kurt Biedenkopf · Dirk Reimers · Armin Rolfink (Hg.)

# Berlin – was ist uns die Hauptstadt wert?

Herausgegeben im Auftrag der  
Deutschen Nationalstiftung



Leske + Budrich, Opladen 2003

## Inhalt

<i>Helmut Schmidt</i> Einleitung .....	9
<i>Heinrich August Winkler</i> Wofür Berlin steht. Die widerspruchsvolle Geschichte der Stadt .....	15
<i>Dirk Reimers, Armin Rolfink</i> Zur finanziellen Situation Berlins .....	25
<i>Ernst Benda</i> Berlin und die Länderneugliederung .....	39
<i>Dieter Grimm</i> Der verfassungsrechtliche Status der Hauptstadt .....	45
<i>Richard Schröder</i> Fusion von Berlin und Brandenburg – warum? .....	49
<i>Wolfgang Schäuble</i> Erwartungen der Nation an Berlin .....	51
<i>Friedrich Dieckmann</i> Was ist deutsch? .....	56
<i>Michael Naumann</i> Berlin und die Sehnsucht nach der Metropole .....	61
<i>Wolf Jobst Siedler</i> Die wirkliche Lage Berlins – Längst ist Berlin nicht mehr das Modernisierungszentrum Deutschlands .....	65

6	<i>Inhalt</i>	
<i>Monika Maron</i>		
Gedanken zur Lage Berlins .....	71	
<i>Florian Illies</i>		
Berlin aus der Sicht der Generation Golf .....	73	
<i>Andrzej Byrt</i>		
Aus polnischer Sicht: Berlin – was liegt näher? .....	81	
<i>Volker Hassemer</i>		
Man sollte Berlin in Gebrauch nehmen .....	87	
<i>Dieter Simon</i>		
Braucht die Wissenschaft eine Hauptstadt? .....	91	
<i>Detlev Ganten</i>		
Berlin – Stadt des Wissens? Deutschland braucht einen erlebbaren Ort der neuen humanen Wissensgesellschaft.....	95	
<i>Wolf Lepenies</i>		
Berlin als Katalysator und Exterritorium .....	107	
<i>Christina Weiss</i>		
Hauptstadtkultur – Niemand sieht, was hier beginnt .....	111	
<i>Edzard Reuter</i>		
Berlin – die geduldete Hauptstadt? .....	115	
<i>Klaus-Dieter Lehmann</i>		
Hauptstadtkultur in einem föderalen Staat – Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz als Modell .....	119	
<i>Ernst Elitz</i>		
Die geteilte Medienstadt: Schultheiß-Berliner und Info-Elite .....	127	
<i>Giuseppe Vita</i>		
Berlin aus der Sicht der Wirtschaft .....	135	
<i>Mathias Döpfner</i>		
Der Geist geht voraus, das Geld kommt nach .....	141	

<i>Inhalt</i>	7
<b>Die Regierenden Bürgermeister von Berlin:</b>	
<i>Klaus Schütz</i>	
Über das Unvorhergesehene .....	147
<i>Dietrich Stobbe</i>	
Konkrete Utopie und Konzentration auf das Wesentliche .....	151
<i>Hans-Jochen Vogel</i>	
Was Berlin braucht .....	153
<i>Richard von Weizsäcker</i>	
Die deutsche Hauptstadt Berlin .....	155
<i>Eberhard Diepgen</i>	
Berlin und die deutsche Nation .....	157
<i>Walter Momper</i>	
Die Hauptstadtrolle als Herausforderung .....	161
<i>Klaus Wowereit</i>	
Berlin stellt sich neu auf .....	163
<i>Kurt Biedenkopf</i>	
Zusammenfassung .....	167
Die Autorinnen und Autoren .....	179
Die Deutsche Nationalstiftung .....	183

## Zusammenfassung

*Kurt Biedenkopf*

„Zum ersten Mal seit einem halben Jahrhundert haben wir wieder eine Hauptstadt, in der sich unsere Politik und Geschichte entscheidet“. Und, am Tag der deutschen Einheit 1990: „Der Tag ist gekommen, an dem zum ersten Mal in der Geschichte das ganze Deutschland seinen dauerhaften Platz im Kreise der westlichen Demokratien findet“. Beide Aussagen Richard von Weizsäckers umreißen zugleich auch die Frage nach unserer Hauptstadt Berlin und dem Auftrag der Stadt: Kapitale des geeinten Deutschlands zu sein, nachdem es im vorausgegangenen Abschnitt seiner wechselvollen Geschichte Symbol der deutschen Teilung wie des Strebens der Deutschen nach Freiheit und Einheit gewesen war. Doch so eindeutig dieser Auftrag Berlins auch sein mag, so offen und unfertig ist seine Verwirklichung. Davon handeln die Texte, welche die Deutsche Nationalstiftung mit diesem Buch vorlegt.

### I.

Sicher ist: Berlin ist mit der Entscheidung von 1991 und dem späteren Umzug des Bundestages, des Bundesrates und der Bundesregierung von Bonn nach Berlin nicht nur nominal, sondern tatsächlich wieder Hauptstadt der Deutschen und ihres Staates, der Bundesrepublik Deutschland geworden. Unser Bundesstaat wird von Berlin aus regiert. Über unsere Politik wird wieder in Berlin entschieden. Die Entscheidung für Berlin, durch das Grundgesetz ebenso vorgegeben wie durch die Geschichte Deutschlands und der Stadt, ist Wirklichkeit geworden. Niemand denkt mehr daran, sie in Frage zu stellen oder zu ändern. Wie im politischen Diskurs Paris für Frankreich, London für Großbritannien oder Washington für die USA stehen, steht Berlin für Deutschland.

Aber die Entscheidung ist noch nicht endgültig vollzogen – und sie wird durch den Gang der europäischen Dinge in ihrer Bedeutung bereits wieder relativiert. Nicht endgültig vollzogen, weil ein wesentlicher Teil der Ministerialbürokratie weiter in Bonn residiert und vorerst keine Anstalten erkennbar

sind, diesen von Anfang an unsinnigen Zustand und damit ein Provisorium zu beenden, das geeignet ist, die Eindeutigkeit der Entscheidung für Berlin mit jeder „teilungsbedingten“ Dienstreise wieder in Frage zu stellen. Wer die Hauptstadt Berlin ernst nimmt, muß diesen Zustand deshalb alsbald und ohne Zögern beenden. Politisches wird auch durch Symbole entschieden. Für die Akzeptanz der Hauptstadt durch alle Deutschen ist kaum etwas abträglicher als die Fortdauer dieses Symbols der Unentschlossenheit.

Relativiert und in ihrem Inhalt berührt wird die Bedeutung der nationalen Rolle der Hauptstadt durch die fortschreitende Integration Europas. Jede Übertragung nationaler Souveränität auf die Europäische Union, jede im Bundesanzeiger veröffentlichte europäische Norm verändert zugleich die politische Gewichtung von nationaler und europäischer Ordnung. Das tangiert zwar nicht die Funktion Berlins als Hauptstadt. Wohl aber ist die Veränderung bedeutsam für die Frage, wofür die Hauptstadt steht. Genauer: Wie sich die Nation definiert, welche sich durch die Hauptstadt repräsentiert sieht. Dazu erscheint mir sicher, daß sich Deutschland mit fortschreitender europäischer Integration zunehmend weniger als Nationalstaat und zunehmend mehr als Kulturnation begreifen wird. Als eine Nation, die sich durch gemeinsame Sprache und Kultur und durch eine bundesstaatliche Ordnung konstituiert, deren regionale Vielfalt von der verbindenden Kraft der Kulturnation zusammen gehalten wird.

## II.

Die alte Berlinfrage, die uns während der deutschen Teilung und bis in die neunziger Jahre beschäftigt hat, ist somit entschieden. Als deutsche Hauptstadt war Berlin nie so unumstritten wie heute. Aber mit diesem Befund kann es, wie Winkler in seinem Beitrag<sup>1</sup> zurecht feststellt, nicht sein Bewenden haben. Die wirtschaftliche, finanzielle und demographische Lage des geeinten Berlin ist so ernst, daß es berechtigt ist, von einer neuen Berlinfrage zu sprechen. Mit ihr befassen sich auch die Texte dieses Buches.

Ausgangspunkt meiner Überlegungen zu dieser neuen Berlinfrage ist die Unterscheidung von Kapitale und Metropole Berlin. Sie erscheint mir deshalb geboten, weil die Funktion der Stadt als Sitz der Regierung sie nicht zugleich und zwingend als Metropole mit dem Anspruch definiert, kulturelles Zentrum des Landes zu sein. Beispiele dafür, daß beide Aufgaben auseinander fallen können, sind Washington D.C. und New York, Peking und Shanghai, Canberra und Sydney oder Brasilia und Rio de Janeiro. Die Annahme, die Regierung könne ihre Aufgabe nur in einer durch Kultur und Wissen-

<sup>1</sup> Wenn nicht anders ausgezeichnet, beziehen sich alle folgenden Zitate auf die Beiträge aus der vorliegenden Studie.

schaft geprägten Metropole erfolgreich wahrnehmen, läßt sich nicht als eine Gesetzmäßigkeit begründen, aus der sich ohne weiteres die Ansprüche der Stadt gegenüber dem Gesamtstaat ableiten ließen.

Ebensowenig läßt sich argumentieren, Berlin müsse deshalb als Metropole angesehen werden – gleichberechtigt neben Paris oder London – weil es die Regierung des Gesamtstaates in seinen Mauern beherbergt. Man muß nicht mit Hermann Lübke generell an der zukünftigen Existenzberechtigung von Metropolen zweifeln, deren Funktion als Informations- und Kommunikationsraum sich im Wissenszeitalter zunehmend relativiere. Aber ein Blick auf die Praxis der politischen Kommunikation in Deutschland zeigt, daß deren Netzwerke nicht nur der föderalen Ordnung wegen den Rahmen der Kapitale sprengen und weitgehend unabhängig von ihr bestehen.

Das zeigt sich auch in der fehlenden räumlichen Anwesenheit der wesentlichen politischen Funktionsträger. Die überwiegende Mehrheit der Abgeordneten, die meisten Mitglieder der Länderregierungen und selbst der Bundeskanzler haben ihren Wohnsitz nicht in Berlin. Von einer unverzichtbaren, auf ihrer dauernden Anwesenheit in der Metropole beruhenden Kommunikationsdichte – im formellen wie im informellen Raum – könnte man deshalb nur sprechen, wenn man weniger die politischen Funktionsträger als deren Bürokratien im Blick hätte. Deren Bedürfnisse können jedoch auch durch eine Konzentration von Wissenschaft und Kultur gedeckt werden, wie sie in anderen Kulturzentren Deutschlands anzutreffen sind. Nicht selten sind deren kulturelle und wissenschaftliche Leistungen denen Berlins gleichwertig oder besser.

Dies ist kein Widerspruch zu der von Döpfner beobachteten „Berlin-Bequemlichkeit“ oder zu dem von Elitz beschriebenen unangefochtenen Hauptstandort Berlin für Informations-Journalismus. Denn beide Phänomene sind Folgen der Anwesenheit der Regierung und der in ihrem Gefolge nach Berlin übersiedelten Medien, Organisationen, Verbände und Lobbyisten. Sie alle gehören in das Einzugsfeld der Kapitale. Eine Metropole begründen sie nicht.

Von ihr könnten wir im Sinne ihrer landläufigen Begründung nur sprechen, wenn sich zwischen Berlin als Stadt und als Ort der Regierung ein innerer Zusammenhang gebietet, der es rechtfertigt, die kulturelle und wissenschaftliche Ausstattung Berlins als unverzichtbar für seine Rolle als Kapitale und deren dauernde Gewährleistung deshalb als eine Aufgabe des Gesamtstaates anzusehen. Betrachtet man die Beschäftigung mit der neuen Berlinfrage unter diesem Gesichtspunkt, dann fällt auf, daß die Versuche, einen derartigen Zusammenhang zu begründen, eher allgemein gehalten und in ihren Ergebnissen wenig belastbar sind. Statt dessen beschäftigt sich das, was man Berliner Visionen nennen könnte, in erster Linie mit der Frage, was man sich von Berlin als Stadt erwartet und wie seine Zukunft beschaffen sein sollte.

Es geht, um mit Hassemer zu sprechen, um die „spezifischen Potentiale des neuen Berlin“. Diese sieht er nicht in erster Linie in einer nationalen Po-

sitionierung. Aus seiner Sicht soll Berlin keine Sonderrolle qua Amtes beanspruchen – weswegen er empfiehlt, einmal abzusehen von der besonderen Funktion als Sitz von Regierung und Parlament. Entscheidend für das, was Berlin im nationalen Zusammenspiel der Kräfte ausbauwürdig macht, soll vielmehr allein das Kriterium seiner „komparativen Nützlichkeit“ sein. Gemeint ist damit die Entwicklung der Potentiale der Stadt, die sich in ihr – im Vergleich zu anderen Orten in Deutschland – besonders gut entfalten lassen und dadurch Deutschland im Ganzen einen Zusatznutzen bringen. Diesem Grundverständnis folgend fordert Hassemer, Berlin in Gebrauch zu nehmen.

Betrachten wir vor diesem Hintergrund die zahlreichen Beobachtungen und Bewertungen, die zur Qualität Berlins und zur Entwicklung der Stadt als Metropole gemacht werden. Eine Auswahl von Stichworten aus den vorgelegten Texten: Keine andere Stadt bietet jungen Schriftstellern, Musikern, Filmemachern ein ähnlich neugieriges Publikum, eine ähnlich stimulierende Umwelt, die Stadt lebt, die Berliner sind neugierig, von der Stadt geht eine Faszination aus, gerade auf die Jugend, die internationalste Stadt Deutschlands, der von Jugendlichen aus aller Welt am meisten gesuchte Wohnort, eine Stadt des Wissens, in der das alte und das neue Europa zusammentreffen, eine Stadt mit kreativen Köpfen, der Offenheit und Toleranz, in der sich Alt und Neu verbindet, ein ausstrahlender Ort der Kunst und der Kultur, ein Zentrum juveniler Musikkultur, eine Stadt, die von der Jugend aus aller Welt entdeckt wird, eine Stadt liebenswürdiger Unübersichtlichkeit, blühender Landschaften auf den Balkonen und auf den Plätzen die Zeichen urbaner Hipness. Fast könnte man geneigt sein, erleichtert auszurufen: Das Gegenstück zum provinziellen, biederem, auf Ordnung bedachten, geregelten Rest der Republik.

Aber nicht nur die Qualitäten der Stadt werden so oder ähnlich beschrieben. Ebenso aufschlußreich sind die Erwartungen, die an die Stadt gerichtet werden und die sie in Zukunft erfüllen soll. Man erhofft sich die Vollendung der Einheit in der Stadt, ein Vorbild an Toleranz. Sie soll zum Modellfall für den kreativen Umbau unserer Kulturlandschaft werden, denn ein ganzes Land wartet darauf, Kultur und Wissenschaft in der Hauptstadt wieder zu entdecken. Die Stadt soll sich zur Metropole entwickeln, zu einem Zentrum, das auf Mitteleuropa besonders intensiv politisch und kulturell ausstrahlen wird. Sie soll auf dem weiteren Weg der europäischen Einheit Führungsarbeit leisten, zu einem Zentrum für Exzellenz werden, Kultur und Wissenschaft und freiwilliges Engagement stärken. Und sie soll – mit den Worten ihres Regierenden Bürgermeisters – den Mut aufbringen, neue Wege zu gehen, sich dem internationalen Wettbewerb stellen und eine Schlüsselrolle bei der Ostintegration spielen.

Alles in allem: Berlin ist ein Experiment, eine Stadt in der Entwicklung, eine unfertige Metropole, eine Attraktion für junge Menschen aus aller Welt, in der Chaos und die Suche nach einer neuen Identität, ein Bemühen um Selbstfindung in einer Zeit des Umbruchs, Selbstzweifel und Ironie, die

„große“ und die „kleinstädtische“ Politik aufeinander treffen – in der mehr zusammenstößt als Ost und West, Industrie- und Wissenszeitalter, Ideologie und Realität, Bühne und Wirklichkeit, Nostalgie und Hoffnung – und vieles davon ohne eine erkennbare Ordnung. Eine Stadt, die sich innerlich wieder aufbauen muß, die gerade nicht an alte Vorbilder und Traditionen anknüpfen kann und die deshalb ebenso offen für Neues ist wie für Zweifel an sich selbst. Eine Stadt mit viel Kultur – die jedoch derzeit eine schwache Rolle spielt, weil Wirtschaft und Soziales wichtiger sind. Im besten Falle eine Stadt auf dem Wege zu einer Metropole.

Einigkeit besteht darüber, daß die Zukunft Berlins nicht an die wirtschaftliche Vergangenheit der Stadt anknüpfen kann. Niemand geht davon aus, daß sich in Berlin wieder Industrie in nennenswertem Umfang ansiedeln könnte. Die Zukunft liegt in der weiteren Entwicklung von Kultur und Wissenschaften und in den Bereichen der Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft, in denen es sich „auf Grund ökonomischen Kalküls“ (Döpfner) zu investieren lohnt. Einig ist man sich auch weitgehend darüber, daß Kultur und Wissenschaft im wesentlichen staatlich finanziert bleiben werden – und wohl auch bleiben müssen.

### III.

So weit ich sehen kann, wird die Beschreibung der Potentiale und Erwartungen an die Stadt, die sich zur Metropole entwickeln soll, kaum je mit der Frage verbunden, ob und in welchem Umfang sie über die Kräfte für die damit verbundenen Anstrengungen, Belastungen und Herausforderungen verfügt, die von ihr jetzt und in den kommenden Jahren zusätzlich bewältigt werden müssen. Zwar erwartet man von Berlin, daß es sich auf seine eigenen Kräfte besinnt, daß die Stadt sich selbst hilft und die Subventions-Mentalitäten der Vergangenheit überwindet, daß sie neu anfängt und sich zurecht findet in einer anderen Welt. Es müsse Schluß sein damit, ungedeckte Schecks einfach an den Bund weiterzureichen, wie man es immer getan habe (Weiss). Ebenso geht man in allgemeiner Form davon aus, daß Berlin auf gesamtstaatliche Unterstützung angewiesen bleiben wird und darauf auch Anspruch hat.

Gleichwohl hat die Diskussion der Erwartungen an die Hauptstadt Berlin etwas Unwirkliches an sich. Sie findet in einem Raum fern der Realität statt. Lebensarten werden begrüßt, die im Grunde spielerisch, unverbindlich und eher der eigenen Selbstverwirklichung als verantwortlicher Freiheit gewidmet sind. Zum Teil sind sie nicht frei von parasitären Zügen, jedenfalls dann, wenn sie sich ihre Lebensgrundlage nicht selbst schaffen können und vielfach auch nicht schaffen wollen. Diese Haltungen können, soweit sie als Teil der Berliner Identität angesehen werden, weder beispielhaft für die Nation sein noch deren Identität ausdrücken. Die Versprechen, die mit ihrer Bewunde-

zung einher gehen, lassen sich nicht einlösen. Auch ist es unwahrscheinlich, daß ihre finanzielle Basis von einem Gesamtstaat bereit gestellt wird, dessen politische Ziele und Aufgaben sich kaum mit dem Bild vereinbaren lassen, das von Vielen als Ausdruck der Lebensart des neuen Berlins begrüßt wird.

Tatsächlich ist jede Beschäftigung mit der Zukunft Berlins und seiner Funktion als Hauptstadt und Metropole nur dann zielführend, wenn sie sich bemüht, Antworten auf die drei großen Berliner Herausforderungen zu geben: die finanzielle Zukunft der Stadt, ihre demographische und ihre wirtschaftliche Zukunft.

1. Die *finanzielle Lage der Hauptstadt* haben Dirk Reimers und Armin Rolfink in diesem Buch analysiert. Der Befund, den vor einiger Zeit auch der Berliner Finanzsenator Sarrazin dem Abgeordnetenhaus vorgelegt hat, ist eindeutig: Berlin hat, mehr noch als der Gesamtstaat, über seine Verhältnisse gelebt. Es hat sich in unverantwortlicher Weise verschuldet. Der öffentliche Dienst Berlins ist überdimensioniert und zu teuer. Die Ausgaben der Stadt werden durch die laufenden Einnahmen bei weitem nicht gedeckt. Angesichts der Lage des Gesamtstaates schwinden die Aussichten, Berlin durch die Verteilung von Wachstumsgewinnen oder durch Umschichtungen zu helfen. Zwar konnte sich Berlin zu keiner Zeit ganz aus eigener Kraft finanzieren. Mit der Solidarität des Bundes und der Länder kann die Hauptstadt in Zukunft jedoch nur rechnen, wenn sie es als ihre eigene Aufgabe annimmt, die Ausgaben drastisch zu senken und ihre Einnahmen zu steigern. Dies gilt auch dann, wenn der Bund der Forderung entspricht, die bisherige Schuldenlast der Stadt in den Erblastentilgungsfonds zu übernehmen und damit seiner gesamtstaatlichen Verantwortung für die teilungsbedingten Ursachen dieser Schulden anerkennt.

Für die Zukunft Berlins muß entschieden werden: Welche Aufgaben muß Berlin ungeachtet seiner besonderen Stellung und Funktion selbst finanzieren? Wie sollen die Aufgaben der Stadt finanziert werden, die sie nicht aus eigener Kraft schultern kann? Welche Aufgaben sollen das sein und welche Voraussetzungen müssen gegeben sein, damit der Gesamtstaat bereit ist, sich an ihrer dauerhaften Finanzierung zu beteiligen – und unter verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten auch beteiligen kann? Dabei sollte wiederum zwischen der Kapitale und der Metropole Berlin unterschieden werden. Außer Frage steht die gesamtstaatliche Finanzierung der Kosten, die der Stadt aus ihrer Funktion als *Kapitale* im engeren Sinne erwachsen. Bei der Definition dieser Kosten wird man auch auf die Erfahrungen zurückgreifen können, die während der Zeit gesammelt wurden, in der Bonn die Hauptstadtfunktion wahrnahm.

Streitig bleibt, in welchem Umfang die *Metropole* Berlin den Bund und die Gemeinschaft der Länder für die Finanzierung ihres Haushaltes in Anspruch nehmen kann. Dies gilt vor allem für den Erhalt und die Förderung der Rolle der Stadt als Zentrum von Kultur und Wissenschaft. Letztlich geht

es dabei um die Entscheidung der beiden Fragen: ob und in welchem Umfang die Existenz eines kulturellen und wissenschaftlichen Umfeldes und dessen Unterhalt der Hauptstadtfunktion zuzuordnen ist und ob und in welchem Umfang sich der Gesamtstaat als Nation durch Berlin repräsentiert sieht und bereit ist, die Kosten dieser nationalen Repräsentation zu übernehmen. Eine Abgrenzung der jeweiligen Kosten von jenen, die Berlin als Stadt erwachsen und von ihr geschultert werden müssen, ist an Hand objektiver Kriterien kaum möglich. Die Frage muß politisch entschieden werden. Sie ist der eigentliche Gegenstand der neuen Berlinfrage.

Zwei Gesichtspunkte stehen dabei im Vordergrund: (1) Wie sieht sich die Nation selbst, die durch ihre Hauptstadt repräsentiert werden will? (2) Welche verfassungspolitischen und verfassungsrechtlichen Folgen ergeben sich für die Stadt Berlin aus ihrer Doppelrolle als Hauptstadt und als eine die Nation verkörpernde Metropole?

Die zweite Frage wird mehrheitlich mit dem Wunsch beantwortet, die Fusion der beiden Länder Berlin und Brandenburg noch einmal zu versuchen. Viele der Hindernisse, die sich heute einer dauerhaften Unterstützung Berlins durch den Gesamtstaat in den Weg stellen, würden mit der Fusion entfallen. Die politische Führung der Stadt könnte sich zudem „auf die schwierige Aufgabe konzentrieren, die größte Kommune Deutschlands ordentlich zu verwalten“ (Benda). Berlin verliert im Falle des Zusammenschlusses zwar seinen Länderstatus und wird Kommune auf dem Territorium eines größeren Landes. Aber es erfüllt zugleich die Funktion der Hauptstadt und der nationalen Repräsentation als größte Stadt Deutschlands. Die Stadt könnte gefördert werden, ohne die finanziellen Beziehungen des Bundes zu den Ländern oder die der Länder untereinander zu präjudizieren. Alles spricht somit für eine Zusammenfassung der beiden Länder. Aber sie ist abhängig von dem Votum ihrer Bevölkerung. Sollte auch ein zweiter Versuch scheitern, müssen andere Lösungen gefunden werden. Richtig ist jedenfalls, daß die mit der Förderung Berlins durch den Gesamtstaat verbundenen Probleme nur durch neue verfassungspolitische Antworten gelöst werden können.

Wie die Nation sich selbst und ihre nationale Repräsentanz sieht, hat in der bisherigen Debatte – soweit ich erkennen kann – noch keine wesentliche Rolle gespielt. Das mag den noch immer fortdauernden Schwierigkeiten geschuldet sein, die wir Deutsche mit unserem Selbstverständnis als Nation haben. Nicht zuletzt die Beschäftigung mit der neuen Berlinfrage könnte uns als Anlaß dienen, diese Schwierigkeiten anzugehen. Dabei sollten wir erkennen, daß die Überwindung des klassischen Nationalstaates durch die europäische Vereinigung nicht gleichbedeutend ist mit der Preisgabe der eigenen Nation. Vielmehr öffnet die Europäische Union uns den Weg zu einer Wiederentdeckung dessen, was die deutsche Nation konstituiert: unsere Sprache und unsere Kultur. Als Kulturnation ist die Nation der Deutschen unabhängig von der jeweiligen staatlichen Verfaßtheit des Volkes, das in der Kontinuität und dem Geiste seiner Kultur als Nation lebt.

Praktisch heißt das: Mit der europäischen Integration erledigt sich nicht, wie manche hoffen, die Notwendigkeit einer Antwort auf die Frage nach der deutschen Nation. Sie besteht fort und manifestiert sich unter anderem in der Bestimmung dessen, was wir unter nationaler Repräsentanz durch die Hauptstadt und Metropole Berlin verstehen wollen. Ist es die deutsche Kulturnation, die sich in Berlin repräsentiert sehen will, dann begründet dies zugleich die Notwendigkeit eines kulturellen und wissenschaftlichen Lebens in Berlin, das dem Anspruch der Kulturnation gerecht wird. Die Dimensionen des Anspruches müssen, soweit er mit Hilfe öffentlicher Finanzierung eingelöst werden soll, durch den Gesamtstaat politisch entschieden werden. Dessen Entscheidung wiederum verpflichtet den Gesamtstaat, Berlin bei der Erfüllung dieser Aufgabe finanziell zu unterstützen.

2. Kein anderer Prozeß wird in den kommenden Jahrzehnten die Zukunft Berlins so unmittelbar beeinflussen wie die *demographische Entwicklung der Stadt*. Wie wird sich die Bevölkerung Berlins, ihre Altersstruktur und ihre Zusammensetzung entwickeln? Wo werden die Berliner her kommen, welche die Stadt bevölkern und tragen, beleben, gestalten und damit zu dem Wachstum verhelfen sollen, von dem die Berliner Visionen ausgehen? Zu den Überraschungen der öffentlichen Beschäftigung mit Berlin und seiner Zukunft gehört, daß diese Fragen, wenn überhaupt, dann nur am Rande und ohne erkennbare Konsequenzen gestellt werden. Unsere Texte machen davon keine Ausnahme.

Erstaunlich dagegen die Illusionen, von denen sich die politische Klasse nach der Wende leiten ließ, als es um die zukünftige Entwicklung der Bevölkerung Berlins ging. Der Berliner Senat rechnete mit einem massiven Zuzug. Auf bald sechs Millionen Einwohner werde die Bevölkerung der Stadt bis 2010 anwachsen. Im Jahre 2030 sollte Berlin rund zehn Millionen Einwohner zählen. Der Senat plante einen „Kranz von Hochhäusern am äußeren Autobahnring“. Deutschland sollte endlich eine Kapitale bekommen, die neben den großen Metropolen der Welt bestehen konnte.<sup>2</sup> Inzwischen sind diese Illusionen zwar an der Realität zerbrochen. Aber noch immer lebt der Wunsch nach der großen Metropole Berlin fort. Mit der demographischen Zukunft Berlins ist er nicht zu vereinbaren.

Berlin liegt im Nordosten Deutschlands. Diese Region war schon immer besonders dünn besiedelt. Heute leben in Brandenburg 88, in Mecklenburg-Vorpommern 77 und in Sachsen-Anhalt 128 Menschen pro qkm. Im Umkreis von 100 km Radius um Berlin gibt es derzeit nur zwei Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern: Potsdam und Cottbus. Im Umkreis von 150 km Radius tritt Magdeburg hinzu. Ansonsten finden sich in diesem Teil Deutschlands im wesentlichen kleine Landstädte und Dörfer. Berlin wird die Bevölkerung sei-

2 Vgl. Miegel, Meinhard: „Die deformierte Gesellschaft“. Berlin/München, 2002. S. 63ff.

nes Umlandes auch weiterhin an sich ziehen und es damit weiter schwächen. Aber mit einem Zuwachs seiner Bevölkerung aus diesem Raum kann die Hauptstadt nicht rechnen.

Welche Optionen zukünftiger Bevölkerungsentwicklung bieten sich der Hauptstadt in dieser Lage? Meinhard Miegel ist ihnen nachgegangen.<sup>3</sup> Die Stadt könnte, erstens, dem allgemeinen Bevölkerungstrend Deutschlands folgen. Die Zahl seiner Einwohner würde sich dann in den kommenden vierzig Jahren und darüber hinaus jährlich um durchschnittlich 15.000 Menschen verringern. In dieser Zeit ginge die Zahl der Berliner auf 2,7 Millionen zurück. Zugleich verringerte sich die Bevölkerungsdichte des Umlandes um ein Viertel. Darüber hinaus würde Berlin – wie Deutschland insgesamt – von alten Menschen dominiert. Auch hier wäre die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung um das Jahr 2040 annähernd 60 Jahre und älter.

Zum zweiten könnte sich die Stadt gegenläufig zum allgemeinen deutschen Trend entwickeln. Dann müßte sie fortwährend junge Menschen an sich ziehen. Diese jungen Menschen fehlten dann jedoch in anderen Regionen des Landes, vorwiegend wahrscheinlich in Ostdeutschland. Der Osten Deutschlands würde noch größere Bevölkerungsverluste erleiden und das Durchschnittsalter würde noch rascher ansteigen als es – auch im Blick der absehbaren Ost-West-Wanderung jüngerer Leute – ohnehin der Fall sein wird. In einer Generation würde jeder vierte Ostdeutsche in Berlin leben. Die Entwicklung Ostdeutschlands würde dadurch nachhaltig beeinträchtigt. Auch auf den Altersaufbau Westdeutschlands würde sich die Konkurrenz um den knappen Nachwuchs negativ auswirken. Die westdeutschen Länder wären unter diesen Umständen kaum bereit, Berlin die für eine derartige Politik notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Damit bleibe Berlin als dritte Möglichkeit, seine Bevölkerungsdefizite aus europäischen und außereuropäischen Bevölkerungsreserven zu decken. Wäre dies im gebotenen Umfang möglich, würde der Ausländeranteil in Berlin innerhalb einer Generation von derzeit gut einem Achtel auf über ein Drittel ansteigen. Die Stadt würde den Deutschen zunehmend fremd werden. Die Plausibilität ihrer Funktion als zentrale Repräsentanz der Nation würde abnehmen. Zugleich müßte sie jedoch, um ihre Funktionsfähigkeit aufrecht erhalten zu können, vom Gesamtstaat immer größere Opfer verlangen. Ob der Gesamtstaat bereit wäre, sie unter den dann herrschenden Bedingungen noch zu erbringen, erscheint mehr als fraglich, zumal die Republik selbst durch die Folgen der demographischen Veränderungen und unterbliebener struktureller Anpassungen zusätzlich belastet sein wird.

In welcher Verbindung die genannten Optionen sich auch immer realisieren werden: Sicher ist, daß Berlin – wie Deutschland insgesamt – altern wird. Struktur und Zusammensetzung seiner Bevölkerung werden sich nach Ablauf

3 Ebd. S. 65f.

einer Generation nachhaltig verändert haben und kaum noch an die Jugendlichkeit erinnern, von der die heutigen Visionen der Stadt ausgehen.

Wer in Berlin investiert, investiert in die Zukunft der Stadt. Seine Investitionen zielen nicht auf die gegenwärtigen, sondern auf die zukünftigen Bedürfnisse der Hauptstadt. Sie werden sich nicht an einem jugendlichen Berlin orientieren, von dem wir heute schwärmen. Denn die Jungen von heute, die von der Stadt fasziniert sind, werden die Alten von morgen sein. Echte, nicht durch unwiderstehliche staatliche Förderungen ausgelöste Investitionen werden durch die Notwendigkeiten bestimmt sein, die sich aus den Auswirkungen der demographischen Entwicklung ergeben. Jede Beschäftigung mit der Zukunft der Hauptstadt und der Metropole Berlin muß deshalb von einer möglichst sorgfältigen und vorurteilsfreien Einschätzung dieser Notwendigkeiten ausgehen. Wie Berlin von uns in dreißig Jahren als Hauptstadt erlebt wird, wird von der Bereitschaft der heutigen Jugend und den geburtenstarken Jahrgängen abhängen, diese Zusammenhänge zu erkennen und ihr eigenes Verhalten danach auszurichten. Die heutige Fähigkeit Berlins, die Jugend zu begeistern, wird nicht ausreichen.

Sicher ist, daß eine alternde Gesellschaft in besonderer Weise auf zweierlei angewiesen sein wird: die exzellente Ausbildung ihres knappen Nachwuchses und eine Kapitalbildung, die ausreicht, um mit weniger Menschen im aktiven Alter einen annähernd gleichen Lebensstandard zu erarbeiten. Seit Jahren wissen wir um die Notwendigkeit, unsere Investitionen in Wissen und Kapital zu erhöhen, um den Auswirkungen der demographischen Revolution Herr werden zu können. Geschehen ist bisher wenig. Die Ausbildung unserer Jugend ist unzureichend. Sie hat sich, gemessen an den gewachsenen Anforderungen, in den letzten Jahrzehnten eher verschlechtert. Die Kapitalbildung der Bevölkerung ist ebenfalls ungenügend. Immer weniger Zeit bleibt uns, in der wir die beiden Defizite durch evolutionäre Prozesse abbauen können.

Die Zukunft Deutschlands wird von der Bereitschaft der heutigen Bevölkerung entschieden, eine Politik zu unterstützen, die einer alternden Bevölkerung gemäß ist. Investitionen in Erziehung, Ausbildung, berufsbegleitende Weiterbildung, in Wissenschaft und Forschung, in unsere Sprache, Kultur und Kunst und in die Bildung von Kapital – dies unter Verzicht auf immer umfassendere staatliche Betreuung – müssen die heutigen und zukünftigen Prioritäten bestimmen. Berlins Zukunft ist besonders auf diese Bereitschaft angewiesen. Vorbild und Repräsentant der Nation wird es nur sein, wenn es als Kapitale Ort der Initiative und Forum einer neuen, der alternden Nation gemäßen Politik wird und sich als Metropole den revolutionären Veränderungen unseres Lebens als Nation deutlicher stellt als der Gesamtstaat. Gelänge ihr beides, dann hätte die Stadt die „komparative Nützlichkeit“, die Deutschland als Ganzem zu Gute käme.

3. Als Kapitale kann sich Berlin auf die dauerhafte staatliche Unterstützung, auf die Alimentation durch den Gesamtstaat stützen. Als Metropole ist es oh-

ne eine eigene wirtschaftliche Basis auf die Dauer nicht lebensfähig. Die Teilung Deutschlands, Blockade und Mauerbau haben die Stadt ihrer früheren Industrie und seiner Bankenwelt beraubt. Niemand rechnet im Ernst damit, daß Industrie und Banken im nennenswerten Umfang nach Berlin zurückkehren werden. Was also könnte sich zur neuen wirtschaftlichen Grundlage der Stadt entwickeln?

Berlin wird eine Stadt der Dienstleistungen sein. Voraussetzung ist allerdings, daß es sich dabei nicht nur oder in erster Linie um öffentliche Dienstleistungen handelt – wie es derzeit noch der Fall ist. Die Stadt muß sich neue Dienstleistungsbereiche erschließen. Die Voraussetzungen sind nicht schlecht. Anregungen finden sich in den Texten dieses Buches. Nicht nur Wissenschaft und Kultur, auch die besondere Rolle Berlins im europäischen Transformationsprozeß, der Aufbau privater Forschung und Lehre, neue Entwicklungen im Bereich der Medizin und der „Gesundheits-Industrie“ können Quellen wirtschaftlicher Kraft werden.

Wichtig ist, der Stadt entsprechende Möglichkeiten innovativer Entfaltung zu sichern. Was Helmut Schmidt schon mehrfach für den Osten Deutschlands gefordert hat: Die Befreiung von komplizierten, jede Eigeninitiative lähmenden und staatliche Vormundschaft begründeten Regelungen, ist für die Zukunft Berlins von überragender Bedeutung. Weniger bürokratische Bevormundung und mehr freiheitliche Initiative und Selbstverantwortung – um mit Wolfgang Schäuble zu sprechen –, das sollte dem Selbstbewußtsein entsprechen, zu dem Berlin aufgrund seiner geschichtlichen Rolle wie seiner aktuellen Attraktivität Grund hat. Die Faszination, die davon ausgehen kann: das ist es, was das Land von seiner Hauptstadt erwartet.

Bleibt es bei der gegenwärtigen Expansion staatlicher Reglementierung, so wird sich deren lähmende Wirkung in Berlin mit der bereits vorhandenen Subventionsmentalität zu einer Haltung verbinden, die jede aussichtsreiche Entfaltung einer Bürgergesellschaft in der Hauptstadt praktisch verhindert. Ohne die Erneuerung eines bürgergesellschaftlichen Selbstverständnisses in der Stadt wird sich in Berlin jedoch weder eine neue wirtschaftliche Basis außerhalb des staatlichen Bereichs noch die geistige und kulturelle Kraft entwickeln, ohne deren Wirken der Gesamtstaat Berlin nicht auf Dauer als Hauptstadt im umfassenden Sinne anerkennen wird.

#### IV.

Was heißt das alles für unsere Frage: Was ist uns die Hauptstadt wert? Sie sollte uns den Versuch einer großen nationalen Anstrengung wert sein. Einer Anstrengung, in der sich die Nation selbst finden und zugleich – am Beispiel ihrer Kapitale – die Folgen der Teilung, einer gewachsenen staatlichen Vormundschaft, der europäischen Umbrüche, der demographischen Revolution

und der Erschütterungen bewältigen kann, die durch den Übergang vom Industrie- zum Wissenszeitalter ausgelöst werden.

Im Ergebnis heißt dies aber auch: Die Entwicklung, die Berlin nehmen wird, kann nur sehr begrenzt politisch beeinflusst werden. Sie hängt weitgehend von den Berlinern und ihrer Stadt selbst ab, von ihrer Politik, von ihrem Willen, Hauptstadt zu sein und Metropole zu werden, jedenfalls Großstadt zu bleiben. Denn es hat sich gezeigt: Staatliches Handeln kann vorhandenen Bürgerwillen fördern. Aber staatliche Subventionen können Bürgergeist nicht ersetzen.

Dabei wird es auf die Bereitschaft wohlhabender Schichten aus ganz Deutschland ankommen, sich in Berlin zu engagieren: als Unternehmer und Investoren, als Selbstständige, im freien Beruf, als Förderer von Wissenschaft und Forschung, als Mäzene und als werbende Anwälte der Stadt. Vielleicht ist es ja auch eines Gedankens wert, ob sich die gewünschte Rückkehr deutschen Kapitals aus dem Ausland nicht mit dem besonderen Kapitalbedarf Berlins in einer Weise verbinden läßt, die allen Beteiligten nützt: der Stadt und denen, die sich dort dauerhaft und ohne weitere staatliche Förderung mit Investitionen engagieren. Aber es wird auch auf die Bereitschaft aller Deutschen, der Jungen wie der Alten, ankommen, die Stadt als das, was sie ist: Kapitale und werdende Metropole, nicht nur zu akzeptieren, sondern zu wollen – und damit zugleich ein wichtiges Stück eigene nationale Identität zu gewinnen.

Wie sind die Aussichten, daß dies alles gelingen kann und unsere Hauptstadt uns den Einsatz wert ist? Wolf Jobst Siedler beendet seinen nachdenklichen und realistischen Beitrag zu diesem Buch mit dem Satz: Credo quia absurdum, glauben, weil es absurd ist: Wahrscheinlich triumphiert die Idee Berlin über die Miserabilität seiner Gegenwart. Ich teile mit ihm diesen Glauben – an Berlin und an Deutschland.